

Presseerklärung



Wir, ca. 30 Anti-Atom-Aktivisten, halten seit dem Unglück in Fukushima täglich von 18:00 bis 19:00 Uhr eine Mahnwache vor dem Bundeskanzleramt ab. Was als spontane Aktion begann, wurde zu einem täglichen Ritual, das wir nun seit 6 Wochen aufrechterhalten. Hinter uns steht keine Organisation, wir sind einfach eine Gruppe von Privatpersonen, die beharrlich auf die Risiken der Atomenergie aufmerksam machen und die Bundesregierung daran erinnern möchte, dass die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes längst den Ausstieg möchten.

Das Unglück in Fukushima hat erneut gezeigt, dass diese Technologie nicht beherrschbar ist. Die Folgen sind einfach zu schrecklich und unabsehbar, als dass vernunftbegabte Wesen auch nur das geringste Risiko eingehen dürften. Haben wir denn nicht schon aus Harrisburg gelernt? Aus Tschernobyl? Was muss denn noch passieren, um ein Umdenken zu bewirken?

Es kann nicht sein, dass das Interesse von Finanzinvestoren und Aktionären Vorrang vor dem Interesse der Allgemeinheit hat. Dass die Risiken eines GAUs nicht tragbar sind, zeigt sich schon an der Tatsache, dass keine Versicherung bereit ist, das Risiko eines Atomkraftwerkes zu übernehmen. Die Kosten, die die Versicherung im Falle eines GAUs tragen müsste, wären einfach zu hoch. Die Folgen hätte stattdessen die Allgemeinheit zu tragen, ebenso wie sie bereits die Kosten und möglichen Folgeschäden der unzureichenden Atommüllentsorgung trägt.

Denn auch ohne dass ein GAU eintritt, sind die Konsequenzen der Kernkraft nicht vertretbar. Die Menschheit hat bereits eine Unmenge an Atommüll produziert, für den es auf der ganzen Welt noch keine Endlagerung gibt. Dieses strahlende Problem überlassen wir den nachkommenden Generationen, ohne selbst eine Lösung zu haben. Auch der Uranabbau hinterlässt verheerende Spuren. Tonnen von radioaktivem Abraum verseuchen ganze Landschaften, Flüsse, Seen, Dörfer. Tausende von Menschen gefährden tagtäglich ihr Leben und ihre Gesundheit bei der Urangewinnung, um unsere Verschwendungssucht zu ermöglichen. Das ist schlicht und einfach unverantwortlich, das können wir nicht länger dulden.

Daher fordern wir Politik, Kirche und Wirtschaft auf, diesen zynischen und menschenverachtenden Wahnsinn nicht weiter zu betreiben, sondern endlich den sofortigen und endgültigen Ausstieg zu vollziehen – zum Wohle aller.

Tagtäglich erinnern wir Frau Merkel an den Amtseid, den sie einst geleistet hat und in dem sie geschworen hat, ihre ganze Kraft zum Wohle ihres Volkes einzusetzen und Schaden von ihm abzuwenden. Wenn sie diesen Eid ernst nimmt, kann sie es nicht zulassen, dass wirtschaftliche Interessen weiterhin über die körperliche Unversehrtheit der Bevölkerung gestellt werden. Die Wucherungen der Kapital- und Finanzmärkte haben sowieso schon ein unerträgliches Ausmaß erreicht. Das hat mit sozialer Marktwirtschaft nichts mehr zu tun. Wir wollen unser Schicksal nicht Personen wie Herrn Jürgen Großmann, Vorstandsvorsitzender von RWE, und seinen Gleichgesinnten überlassen. Dieses sind wir unseren Kindern und deren Nachkommen schuldig.

Aus diesem Grund folgen wir den Worten von Bertolt Brecht: „Wenn Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht“, und leisten beharrlichen Widerstand gegen den Weiterbetrieb der AKWs.

Mahnwache vor dem Kanzleramt

<http://www.mahnwache-kanzleramt.de/>

(verantwortlich für dieses Schreiben:

Gerke Schlickmann-Ringsgwandl u. Lutz Wilmering)